

Sarah Schädler



Der Arabische Frühling
und das Potenzial zur
Demokratie der
arabischen Staaten im
Nahen Osten und Nordafrika

Masterarbeit

Schädler, Sarah: Der Arabische Frühling und das Potenzial zur Demokratie der arabischen Staaten im Nahen Osten und Nordafrika, Hamburg, Bachelor + Master Publishing 2017

Originaltitel der Abschlussarbeit: Der Arabische Frühling und das Potenzial zur Demokratie der arabischen Staaten im Nahen Osten und Nordafrika

Buch-ISBN: 978-3-95993-049-9

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95993-549-4

Druck/Herstellung: Bachelor + Master Publishing, Hamburg, 2017

Zugl. Georg-August-Universität, Göttingen, Deutschland, Masterarbeit, 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Bachelor + Master Publishing, Imprint der Diplomica Verlag GmbH
Hermannstal 119k, 22119 Hamburg
<http://www.bachelor-master-publishing.de>, Hamburg 2017
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Theoretischer Ansatz	4
2.1	Politische Institutionen	4
2.1.1	Die Entstehung politischer Institutionen (nach Huntington)	4
2.1.2	Die Institutionalisierung politischer Organisationen (nach Huntington)	5
2.1.3	Die (politische) Modernisierung traditioneller Gesellschaften	6
2.1.4	Der Demokratisierungsprozess	7
2.1.5	Definition „Demokratie“	8
2.2	Wirtschaftliche Institutionen	10
2.2.1	Seymour M. Lipset: Keine Demokratie ohne Wohlstand	10
2.2.1.1	Über die Effektivität und Legitimität eines politischen Systems	11
2.2.2	Daron Acemoglu und James A. Robinson: Kein Wohlstand ohne Demokratie.....	12
3	Arabischer Autoritarismus und der Arabische Frühling	15
4	Fallbeispiele	22
4.1	Tunesien.....	23
4.1.1	Von der Kolonie zur Autokratie: Modernisierung und Tradition	23
4.1.2	Von Bourguiba zu Ben Ali: der autoritäre Gesellschaftsvertrag.....	25
4.1.3	Der Sturz Ben Alis und der Aufstieg der Islamisten.....	28
4.1.4	Zwischenfazit: Tunesien - eine erfolgreiche Transition?.....	31
4.1.5	Exkurs: <i>Union Général Tunisienne du Travail</i> (UGTT).....	33
4.2	Ägypten	34
4.2.1	Von Nasser bis Mubarak: ein Land geprägt vom Militär.....	35
4.2.2	Das Scheitern des autoritären Gesellschaftsvertrages	37
4.2.3	Der Ausbruch der Proteste und der Oberste Rat der Streitkräfte (ORS).....	39
4.2.4	Die ersten freien Wahlen und die zweite Intervention des Militärs.....	42

4.2.5	Der Sturz Mursis und die dritte Intervention des Militärs	45
4.2.6	Zwischenfazit: Ägypten – eine erfolgreiche Transition?	47
4.3	Libyen.....	48
4.3.1	Von der Monarchie zur Demokratie? Das System Muammar al-Gaddafi.....	48
4.3.2	Libyen und der Arabische Frühling: der Sturz Muammar al-Gaddafis.....	52
4.3.3	Die Zeit nach Gaddafi: ein Staat versinkt im Chaos.....	55
4.3.4	Zwischenfazit: Libyen – eine erfolgreiche Transition?.....	56
5	Schluss.....	59
6	Bibliographie	61

1 Einleitung

Kriege, Terroranschläge, humanitäre Katastrophen. Bis heute bleibt der Nahe Osten ein Pulverfass. Kaum ein Tag vergeht, an dem keine neuen Gefechte oder Selbstmordanschläge in der Region gemeldet werden. Hungernde Kinder sind auf die Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen angewiesen und leben in Zelten; tausende Menschen suchen Zuflucht in anderen Teilen der Welt, denn ihre Heimat kann ihnen nichts mehr bieten außer Hunger, Angst und Terror. „Das Leben in Syrien gleicht für viele Menschen ...einem Kampf ums Überleben“, schreibt die ZEIT ONLINE (Syrien) am 27. Juli 2016. Nicht nur der Bürgerkrieg hat das Land in zwei gerissen, sondern auch der Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) rückt jede Aussicht auf Frieden in Syrien in weite Ferne. Im Irak und Libyen sieht es ähnlich aus. In allen drei Ländern hat sich der IS die unsichere Lage zunutze gemacht und seinen Einflussbereich ausgeweitet.

Derweil hat Europa noch immer mit den Folgen der Flüchtlingskrise aus 2015 zu kämpfen. Für die deutsche Kanzlerin Angela Merkel werden vor allem islamistische Terrorangriffe innerhalb Deutschlands, die durch ebendiese Kriegsflüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Libyen verübt werden, zum Problem (Angela Merkel, ZEIT ONLINE, 28.07.16). Gleichzeitig kommt die Region inklusive der Türkei selbst nicht zur Ruhe. Am 15. Juli 2016 haben türkische „Armeeeinheiten das Kriegsrecht ausgerufen und eine Ausgangssperre verhängt“ (Polke-Malewski, Karsten et al., ZEIT ONLINE, 16.07.16). Obwohl der Putschversuch gescheitert ist, bleibt die Lage in der Türkei angespannt. Staatschef Erdogan hat mittlerweile rund 16.000 Militärs, Richter, Staatsanwälte und Journalisten verhaften lassen (Putschversuch in der Türkei, ZEIT ONLINE, 27.07.16). Amnesty International wirft den türkischen Sicherheitskräften vor, diese Menschen zu foltern (Putschversuch in der Türkei, ZEIT ONLINE, 27.07.16).

Es ist kaum zu glauben, dass der Nahe Osten und Nordafrika vor nicht allzu langer Zeit noch als eine „in tiefer sozialer, politischer und wirtschaftlicher Stagnation verharrende Region...“ wahrgenommen wurden (Fürtig 2012: 16). Außerordentlich widerstandsfähige Autokratien hielten den Status quo in der Region aufrecht. Autoritäre Herrscher wie Tunesiens Ben Ali, Ägyptens Hosni Mubarak oder Libyens Muammar al-Gaddafi haben der Bevölkerung zwar politische Teilhabe verwehrt, konnten sich aber dennoch Legitimität verschaffen (vgl. Zorob 2013: 229). All das änderte sich, als sich ein tunesischer Gemüsehändler namens Mohammed Bouzizi im Dezember 2010 auf öffentlicher Straße selbst

verbrannte. Dieser Verzweiflungsakt fungierte als Auslöser für eine Protestwelle, die nicht nur das tunesische Staatsgebiet, sondern die gesamte Region erfasste. Überall wurden Forderungen artikuliert, die sich im Kern ähnlich waren. Unzufriedene Bürger gingen auf die Straße und protestierten gegen „soziale Ungleichheit, ... grassierende Korruption und Vetternwirtschaft“ (Asseburg 2011: 5). Diese Entwicklung wurde von der Forschung nicht vorhergesehen, denn „[e]ine überregionale Gestalt der Revolten hat[te] es so nie gegeben“ (Schulze 2013: 31). Viele Politikwissenschaftler haben seither versucht, die Ursachen für diese Protestbewegung, die so unerwartet kam und kaum vorhersehbare Folgen nach sich zog, zu identifizieren (vgl. Zorob 2013; Bellin 2012; Kamrava 2014). Bis 2011 hatte die Frage nach der außerordentlichen Widerstandsfähigkeit autokratischer Regime im Nahen Osten und Nordafrika im Vordergrund der Forschung gestanden (vgl. Schlumberger 2007; Heydemann 2007; Bellin 2005; et al.). Seit Dezember 2010 gab es in der Region einen Schrei nach Reformen, denn es wurde schnell offensichtlich, dass „die Einschränkung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten“ sowie „Willkürherrschaft und Polizeigewalt“ genauso kritisiert wurden, wie die scheinbar ausweglose Situation auf dem Arbeitsmarkt (Asseburg 2011: 5). Vor allem in den westlichen Medien wurde die Euphorie nach dem „Sturz der langjährigen Despoten in Tunesien und Ägypten“ mit dem Wunsch nach einer umfassenden Demokratisierung der Region assoziiert, was nicht zuletzt an der Bezeichnung der Proteste als *Arabischer Frühling* abzulesen ist, da der Begriff *Frühling* metaphorisch den Beginn einer neuen Ära ankündigt (Backhaus, ZEIT ONLINE, 27.07.16; Huntington 1991). Es war jedoch „naiv zu glauben, unmittelbar nach den Protesten könnten reibungslos Demokratien nach europäischem Vorbild entstehen“ (Schneiders 2013: 9). Es ist vielmehr so, dass der Übergang zu einer konsolidierten Demokratie ein sehr komplizierter und langwieriger Prozess ist, der nur unter bestimmten Voraussetzungen zustande kommen und erfolgreich sein kann (vgl. Huntington 1991).

Inwiefern die Berichterstattung sowie die damit verbundene Hoffnung auf einen umfassenden Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt gerechtfertigt waren, soll in dieser Arbeit erörtert werden. Dabei ist zu bedenken, dass die Berichterstattung „häufig von oberflächlichen Analysen [und] tagespolitischem Aktionismus“ geprägt war und der soziale, politische und kulturelle Kontext der arabischen Staaten völlig außer Acht gelassen wurde (Pabst und AlDailami 2014: 5). Die kommende Analyse beschäftigt sich mit folgenden Fragen: Waren zum Zeitpunkt der Proteste die Voraussetzungen für einen Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt gegeben? Oder war dieser Wunsch von Anfang an ein Luftschloss? War die arabische Bevölkerung tatsächlich an einem Wandel zur Demokratie

interessiert? Oder ging es den meisten Protestanten doch eher um den eigenen Wohlstand? Hierzu soll auf Basis der Überlegungen von Samuel P. Huntington ein theoretischer Ansatz ausgearbeitet werden, welcher die Bedeutung innerstaatlicher Institutionen in den Vordergrund stellt. Im Anschluss wird die Ausgangslage vor den Protesten in den arabischen Staaten beschrieben. Die Autoritarismusforschung leistet hier einen wichtigen Beitrag. Schließlich wird die Theorie anhand von drei Fallbeispielen nach vollzogen. Hierbei handelt es sich um Tunesien, Ägypten und Libyen. Diese Fallbeispiele wurden aufgrund ihrer Differenziertheit bezüglich der Transition von einer Autokratie in eine Demokratie während des Arabischen Frühlings ausgewählt. Ziel ist es, das Potenzial der arabischen Staaten zu einem umfassenden Demokratisierungsprozess anhand der Zäsur durch den Arabischen Frühling abzuschätzen (vgl. Asseburg und Wimmen 2015: 5).